

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1929

12.12.1929 (No. 290)

Expedition:
Karlsruher
Zeitung
Nr. 953
und 954
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 3518

Karlsruher Zeitung
Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
E. Knecht,
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3,75 RM. einchl. Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pf. — Samstags 15 Pf. — Anzeigengebühr: 14 Pf. für 1 mm Höhe und ein Zentimeter Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreduzierter Rabatt, der als Kassenrabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Antikliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrich-Straße 14, zu senden u. werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Lagerhaltung, zwangsweiser Verbreitung und Konfiskationsverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von Höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Anstrengung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsfrist erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Antikliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Angestelltenversicherung
Aufrechterhaltung der Anwartschaft

Für die Zeit vom 1. Januar 1928 an ist es zur Aufrechterhaltung der Anwartschaft erforderlich, daß jeder Versicherte vom 2. bis 11. Kalenderjahre seiner Versicherung jährlich mindestens 8, vom 12. Kalenderjahre an jährlich mindestens 4 Beitragsmonate nachweist. Die Anwartschaft erlischt zunächst, wenn diese Mindestzahl nicht erreicht wird. Sie lebt aber wieder auf, wenn der Versicherte soviel freiwillige Beiträge, als zur erforderlichen Mindestzahl von Beitragsmonaten fehlen, innerhalb der zwei Kalenderjahre nachträgt, die dem Kalenderjahre der Fälligkeit folgen. Es können also die etwa noch erforderlichen Beiträge für das Jahr 1927 noch bis zum 31. Dezember 1929 nachgetragen werden.

Der Entwurf eines Gesetzes zum Ausbau der Angestelltenversicherung sieht allerdings vor, daß alle Anwartschaften bis zum 31. Dezember 1929 als aufrechterhalten gelten, auch wenn in einzelnen Jahren zu wenig Beiträge oder keine Beiträge entrichtet wurden. Da es aber noch ungewiß ist, ob dieser Entwurf Gesetz wird, empfehlen wir, die zur Aufrechterhaltung der Anwartschaft erforderlichen Beiträge bis zum Schlusse des Jahres nachzutragen, denn nach Eintritt des Versicherungsfalles ist die Nachentrichtung freiwilliger Beiträge regelmäßig unzulässig.

Die freiwilligen Beiträge werden nicht zurückgezahlt, auch wenn sie wegen einer etwa späteren Gesetzesänderung nicht notwendig gewesen wären.

Freiwillige Beiträge für die Zeit vom 1. April 1928 an, sind in der dem jeweiligen Einkommen entsprechenden Gehaltsklasse, mindestens aber in Klasse B zu entrichten. In Klasse B können Beiträge nur von solchen Versicherten geleistet werden, die ohne Einkommen sind, oder deren Einkommen im Monat den Betrag von 100 RM nicht übersteigt. Für die Zeit vor dem 1. April 1928 sind freiwillige Beiträge mindestens in der Gehaltsklasse zu entrichten, die dem Durchschnitt der letzten 4 Pflichtbeiträge entspricht oder am nächsten kommt. In einer niedrigeren Beitragsklasse ist die freiwillige Weiterversicherung für diese Zeit dann zulässig, wenn diese Gehaltsklasse dem Einkommen des Versicherten entspricht.

Personen, die in eine nach § 11, § 12 Nr. 1-6, § 17 des Angestelltenversicherungsgesetzes versicherungsfreie Beschäftigung übergetreten sind, können nach Art. 4 des Gesetzes vom 29. März 1928 (Reichsgesetzbl. I S. 117) freiwillige Beiträge für die Zeit vom 1. Oktober 1928 an abweichend von den allgemeinen Bestimmungen noch bis zum 31. Dezember 1929 für jeden Monat nachentrichten.

Anstellungs- und Beförderungssperre in Hessen

W.D. Darmstadt, 12. Dez. (Tel.) Den heftigsten Beamtenorganisationen wird von folgendem Beschluß des hessischen Gesamtministeriums Kenntnis gegeben: Bis zur Beschlußfassung über jene Notmaßnahmen, die wegen der ungünstigen Finanzlage des Staates vorgehen werden müssen, sollen alle Anstellungen und Beförderungen hessischer Staatsbeamter unterbleiben. Die Berufung von Professoren an die hessischen Hochschulen wird dadurch nicht ausgeschlossen. Auch können mit Zustimmung des Gesamtministeriums Stellen von Amtsleitern und sonstige singuläre Stellen besetzt werden, wenn besondere Gründe es ausnahmsweise notwendig machen. Durch diesen Beschluß werden Anordnungen in höhere Gehaltsgruppen vorläufig unterbleiben. Das in der Besoldungsordnung vorgesehene Aufsteigen von einzelnen Stufen und Gehaltsgruppen nach Dienstjahren wird jedoch nicht berührt.

Bayern und die Titelfrage

Über die Frage der Titelverleihungen und die jüngsten Verhandlungen vor dem Staatsgerichtshof in Leipzig berichten in München in einer Pressebesprechung Staatsrat von Jen und Ministerialrat Sommer. Es wurde zum Ausdruck gebracht, daß Bayern die Entschreibung des Staatsgerichtshofs als unabänderlich hingenommen werde. Politisch sei von großer Wichtigkeit, daß die Möglichkeit der Auslegung der Reichsverfassung in diesem Punkte nichts weniger als eindeutig sei. Erst wenn die schriftliche Urteilsbegründung vorliegt, könne man überblicken, welche Folgerungen aus dem Urteil zu ziehen sind. Auf eine Frage über die Höhe der bei den Titelverleihungen eingehenden Geldbeträge und ihre Verwendung wurde mitgeteilt, daß ausschließlich gemeinnützige, karitative, kulturelle und erzieherische Zwecke berücksichtigt wurden.

Gegen den Mittellandkanal. Der Verein der mitteldeutschen Braunkohlenindustrie hat dem Reichskanzler eine Denkschrift überreicht, in der er ersucht, durch Verlangen der Geldmittel (berechneter Betrag von 30 Millionen) die Fortführung der Bauarbeiten des Mittellandkanals zu unterbinden und für neue Kanäle vorläufig keine Mittel zur Verfügung zu stellen. Der Ausbau des Kanals erleichtert der Ruhrkohle das Eindringen in das Absatzgebiet des mitteldeutschen Braunkohlenbergbaues, der dadurch schwer geschädigt werde.

Die Austrittsbewegung bei den Deutschnationalen. Nach einer Mitteilung des „Jungdeutsche“ sind Professor Brunhildt, Rostock, ferner Professor Seidt, der Hauptredner des Kasseler Parteitages, und Dr. Heinz Döhnhardt, der Vorsitzende des Reichsausschusses der deutschen Jugendverbände, aus der Deutschnationalen Partei ausgetreten.

Für Heraushebung des Wahlalters. Die Reichstagsfraktion der Wirtschaftspartei hat eine Änderung des Art. 23 der Reichsverfassung beantragt, wonach das Wahlalter von 21 auf 25 Jahren heraufgesetzt werden soll.

Die französisch-schweizerischen Zonenverhandlungen sind ergebnislos abgebrochen worden. Die Angelegenheit geht nunmehr an den Internationalen Gerichtshof in Haag.

Letzte Nachrichten

Die heutige Regierungserklärung im Reichstag

Noch keine Einigung mit den Parteien

M. Berlin, 12. Dez. (Reip.-Tel.) Die heutige Parteiführerbesprechung mit der Reichsregierung scheint nach den Gerüchten, die im Reichstag umlaufen, noch kein Ergebnis gehabt zu haben. Die Besprechungen werden am Nachmittag nach der Regierungserklärung im Reichstag fortgesetzt. Voraussetzungen für die Sitzung sind noch nicht festgelegt, nachdem der Kanzler gesprochen hat. Dann treten die Fraktionen wieder zusammen.

Weitere Zunahme der Arbeitslosigkeit

W.D. Berlin, 12. Dez. (Tel.) In der zweiten Novemberhälfte ist die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung um rund 185 000 oder 18 Proz. gestiegen. Sie beläuft sich nunmehr auf 1,2 Millionen Personen, darunter rund 960 000 Männer und 240 000 Frauen.

In der Krisenunterstützung befanden sich am 30. November 187 000 Personen, also 8000 mehr als in der Mitte des gleichen Monats im vorigen Jahre.

Die kommende Haager Konferenz

W.D. Paris, 12. Dez. (Tel.) Nach dem „Excelsior“ wird aller Wahrscheinlichkeit nach Ministerpräsident Tardieu die französische Delegation auf die zweite Haager Konferenz begleiten. Der „Excelsior“ bezeichnet die Äußerungen eines englischen Statisten, daß Schatzkanzler Snowden beabsichtige, zahlreiche Abänderungsanträge zum Statut der internationalen Zahlungsbank zu stellen, als erfunden. Der längst zwischen den Finanzfachverständigen der interessierten Länder geflossene Meinungsaustrausch habe es ermöglicht, zahlreiche Schwierigkeiten zu beheben. Das Blatt vertritt die Ansicht, daß die Verhandlungen kaum länger als etwa 10 Tage dauern werden.

Regierungsneuwahlen in der Schweiz

Musy Bundespräsident

W.D. Bern, 12. Dez. (Tel.) Die Vereinigte Bundesversammlung nahm heute vormittag die Neuwahl für den schweizerischen Bundesrat vor. Zum Bundespräsidenten der Schweiz für das Jahr 1930 wurde der jetzige eidgenössische Finanzminister, Bundesrat Musy, gewählt. Die Wahl des Vizepräsidenten fiel auf den derzeitigen Justizminister, Bundesrat Häberlin.

An Stelle des verstorbenen Bundesrats Scheurer wurde der Bauernpartei angehörende Rudolf Ringer mit 148 Stimmen im ersten Wahlgang gewählt. Die Neuwahl für den zurückgetretenen Bundesrat Daub erforderte vier Wahlgänge. Die Wahl fiel schließlich auf den Chefredakteur der „Neuen Zürcher Zeitung“, Dr. A. Meyer, der 112 Stimmen auf sich vereinigte. Der sozialdemokratische Stadtpräsident von Zürich, Dr. Kästli, unterlag im 2. Wahlgang mit 60 Stimmen.

Der Chefredakteur Dr. A. Meyer hat sich für die Annahme der Wahl eine 2stündige Redezeit erbeten, während der Nachfolger von Bundesrat Scheurer, der Bauernführer Ringer, die Wahl annahm und sofort vereidigt wurde.

Die spanische Verfassungsreform

Abbau der Diktatur

W.D. Paris, 12. Dez. (Tel.) Nach Meldungen aus Madrid soll die Rückkehr zum verfassungsmäßigen Regime von der Regierung beschlossen worden sein und etappenweise durch Gemeindevahlen im Februar, Departementswahlen im April und allgemeinen Wahlen im Juni vollzogen werden. Die Nationalversammlung werde im Januar zusammentreten, um den Entwurf der Verfassungsreform, der von der Regierung dem künftigen Cortes vorgelegt werden wird, zu prüfen.

Ein französisch-italienischer Zwischenfall?

W.D. Paris, 12. Dez. (Tel.) Zu einer Meldung über einen französisch-italienischen Zwischenfall in dem dalmatinischen Hafen Sebenico, wo angeblich Mannschaften des dort liegenden französischen Mittelmeergeschwaders vor dem italienischen Konsulat mit den Ausrufen: „Nieder Mussolini! Nieder der Faschismus!“ demonstriert haben sollen, bemerkt „Echo de Paris“, in den zuständigen französischen Ministerien erkläre man, der Kommandant des Geschwaders, Admiral Dubois, habe über den Zwischenfall nicht berichtet. Das Blatt spricht die Hoffnung aus, daß die von der italienischen und englischen Presse getragenen Meldungen übertrieben seien; andernfalls müsse eine strenge Bestrafung erfolgen.

Auch Italien für Abschaffung der U-Boote

W.D. London, 12. Dez. (Tel.) Der „Times“-Korrespondent in Rom will in Bestätigung früherer Nachrichten mitteilen können, daß die italienische Regierung nach langer und sorgfältiger Erwägung aller Umstände beschlossen habe, den britischen und amerikanischen Vorschlag betz. Abschaffung der U-Boote zu unterstützen. Es verlautet, daß der italienische Außenminister Ciano gleich zu Beginn der Flottenkonferenz eine entsprechende Erklärung abgeben und daß Italien diesen Standpunkt beibehalten werde, gleichviel, ob Frankreich und Japan geneigt sein werden, sich anzuschließen oder nicht.

*Die Initiative der Reichsregierung

Die Reichsregierung ist fest gelieben: Sie beharrt bei ihrem Finanzprogramm und vertritt dieses Programm, dessen Grundzüge wir ja gestern veröffentlichten, als Ganzes. Das Vertrauensvotum, um welches sie ersucht, bezieht sich demnach auf dieses Finanzprogramm in seiner Gesamtheit. Lediglich aus finanziellen Gründen werden zwei Punkte des Programms herausgegriffen und dem Reichstag zur raschen Vorüberlegung unterbreitet; es sind die Erhöhung der Beiträge der Arbeitslosenversicherung um 1/2 Proz. und die Tabaksteuererhöhung.

Wie gemeldet, hat die Reichsregierung ganz bestimmte Verhandlungen mit einer amerikanischen Bankengruppe eingeleitet, um dem Reich einen Kredit von einigen Millionen Reichsmark zu erschließen. Diese Millionen sind dringend notwendig, weil das Reich sonst seinen Kassenverpflichtungen zum Ende des Jahres nicht nachkommen könnte. Ein neuer Beweis also für die schon beinahe katastrophale Dringlichkeit einer Finanzreform auf breiter Basis! Die amerikanische Bankengruppe habe aber gewisse Kreditgarantien verlangt. Und praktisch lassen sich nach Ansicht des Kabinetts diese Garantien nur geben, wenn die sofortige Erhöhung der Tabaksteuer und die sofortige Erhöhung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung beschlossen werden.

Die Reichsregierung hat ihr Finanzprogramm, das von sämtlichen Ministern gebilligt worden ist, mit den Fraktionsführern besprochen. Es hat sich dabei herausgestellt, daß Zentrum und Demokraten im großen und ganzen, einzelnen Bedenken zum Trotz geneigt wären, für das Programm einzutreten. Was die Haltung der Deutschen Volkspartei betrifft, so ist sie ebenfalls im ganzen zustimmend. Nur kann sich die Fraktion einstweilen noch nicht damit abfinden, daß zwei Punkte des Programms — und zwar gerade die beiden Steuererhöhungen — aus dem Gesamtprogramm herausgegriffen und zuvor erledigt werden sollen. Die Partei hegt die Befürchtung, daß die anderen Punkte womöglich nicht angenommen werden, und daß dann der Effekt der ganzen Regierungsaktion nur der einer neuen Belastung ist.

Die sozialdemokratische Fraktion hat, wie die Zeitungen berichten, zunächst das Programm mit so starker Kritik aufgenommen, daß von einer Ablehnung gesprochen wurde. Und die Bayerische Volkspartei hat das Programm wegen der darin enthaltenen Viersteuerverhöhung gleichfalls abgelehnt.

Natürlich sind das Meinungsäußerungen vorläufiger Art. Es wird jetzt alles darauf ankommen, in welcher Form und mit welcher Entschiedenheit die Reichsregierung für das Finanzprogramm im Parlament eintritt. Man rechnet damit, daß die Reichsregierung erklären wird, sie stehe und falle mit dem Programm bzw. mit der Annahme oder Ablehnung des Vertrauensvotums. Wird dieses Vertrauensvotum von einer Mehrheit im Reichstag abgelehnt, dann haben wir die Regierungskrisis. Man kann sich nicht gut denken, daß gerade in diesem kritischsten aller Augenblicke eine Partei die Verantwortung für eine solche Zuspitzung der parlamentarischen Situation und für eine solche Gefährdung der Grundlagen unserer gesamten Innen- und Außenpolitik übernehmen wird.

Je größer die Klarheit der Darlegungen und der Entschlüsse, um so besser. Die Tatsache, daß die Annahme des Vertrauensvotums die Zustimmung zum Finanzprogramm bedeutet, dürfte jedenfalls nicht verschleiert werden. Der Reichskanzler, der heute spricht, überläßt den morgigen Tag den Fraktionen zur Stellungnahme. Am Samstag soll dann die Abstimmung erfolgen.

Die Reichsregierung stellt sich also diesmal dem Parlament sozusagen in offener Feldschlacht. Der Ausgang ist ungewiß. Er wird unter allen Umständen schicksalvolle Bedeutung haben. Das Urteil über das parlamentarische System, wie es bei uns im Reich gehandhabt wird, muß durch den Ausgang sehr wesentlich beeinflusst werden. Unser sehnlichster Wunsch ist der, daß das Parlament die erste Situation richtig würdigen und Entschlüsse fassen möge, die nicht zu einer kritischen Belastung unserer gesamten politischen Verhältnisse führen.

Über 5000 deutschstämmige Rußlandflüchtlinge sind bis jetzt in Deutschland eingetroffen. Im Sanierungslager Ebstuhnen sind innerhalb acht Tagen insgesamt 5053 Flüchtlinge abgefertigt worden.

Die rheinisch-westfälischen Umgewindungen vor dem Staatsgerichtshof

Das preussische Landesgesetz über die kommunale Neugliederung des rheinisch-westfälischen Industriegebietes bildete dieser Tage den Gegenstand eines Verfassungsstreites vor dem Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich. Durch dieses Gesetz, das am 10. Juli 1929 vom Preussischen Landtag nach heftigen Kämpfen mit 210 gegen 169 Stimmen angenommen wurde, und das der Staatsrat in seiner Sitzung vom 28. Juli 1929 in einfacher Abstimmung bewilligte, wurde ein Gebiet von etwa 850 000 Hektar mit rund 6,3 Millionen Einwohnern neugegliedert. Die Zahl der Landkreise wurde um 11, der Stadtkreise um 6, der kreisangehörigen Städte um 12, der Ämter um 28 und der Landgemeinden um 49 verringert. Damit wurden die Großstädte bedeutend vergrößert, andere Großstädte durch Zusammenlegung einiger Städte und Landgemeinden neu geschaffen.

Nach Abschluß der parlamentarischen Kämpfe erhoben eine Reihe von Städten und Gemeinden, die sich durch die Neugliederung für benachteiligt hielten, Klage vor dem Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich gegen das Land Preußen auf Verfassungswidrigkeit des Gesetzes, das mit seiner Veröffentlichung am 29. Juli 1929 Gesetzeskraft erhielt. Es sind dies die zum Teil nach Barmen-Elberfeld eingegliederte Stadt Lüttringhausen sowie einige weitere Städte, Ämter und Gemeinden, die eine Vereinigung zum Zwecke der Abwendung von Zwangseingemeindungen mit dem Sitz in Lüttringhausen gebildet haben, ferner die Stadtgemeinden **Aheidi, Barmen, Samborn und Sterkrade** und schließlich die Reichspartei des deutschen Mittelstandes (Wirtschaftspartei) des Preussischen Landtages.

Von den Gemeinden wurde beantragt, den § 1 des Gesetzes vom 27. Dezember 1927, der im Widerspruch zu Art. 27 der Reichsverfassung den Gemeinden das Selbstbestimmungsrecht nehme, für verfassungswidrig und rechtsungültig zu erklären. Vorzuzüglich wird beantragt, zum mindesten die Ausführungsanwendung vom 25. Februar 1928 für verfassungswidrig zu erklären. § 1 dieses Gesetzes wird als Grundlage für das rheinisch-westfälische Umgewindungsgesetz und für die ganzen Umgewindungspläne der Staatsregierung auch in anderen Provinzen bezogen.

Preußen beantragt Ablehnung sämtlicher Anträge. Ob der Staatsrat eine Verfassungsverletzung bei seinem Beschluß, gegen das Gesetz Einspruch zu erheben, begangen habe, sei für dessen Rechtsgültigkeit unerheblich.

Die von Reichsgerichtspräsident Dr. Sumte am Mittwoch verkündete Entscheidung des Staatsgerichtshofs besagt: Die Anträge der Städte werden zurückgewiesen.

Gegen den 5-Uhr-Ladenschluß

Die Hauptgemeinschaft des Einzelhandels hat sich mit einer Eingabe an den Reichsrat gewandt, damit dieser dem vom Reichstag beschlossenen Gesetz des früheren Ladenschlusses seine Zustimmung verweigere. Begründet wird diese Forderung mit der Tatsache, daß der Marktverkehr in das Gesetz nur insofern einbezogen ist, als den Landesregierungen empfohlen wird, im Marktverkehr den gleichen Ladenschluß am Heiligen Abend durchzuführen.

Die Hauptgemeinschaft nimmt den Standpunkt ein, daß diese Regelung für den Marktverkehr praktisch bis zum Heiligabend überhaupt nicht mehr durchzuführen ist. Dadurch würden die Ladengeschäfte, die früher schließen mußten, gegenüber dem Marktverkehr stark benachteiligt werden.

Änderung der Fernsprechnordnung

Der Verwaltungsrat der Deutschen Reichspost nahm am Mittwoch eine „Änderung der Fernsprechnordnung“ an. Danach können in Zukunft private Nebenanschlüsse wie im alten Reichspostgebiet auch in Bayern und Württemberg von Privatfirmen hergestellt werden. Die Dauer der Ferngespräche wird von 6 auf 12 Minuten erweitert, unter Umständen sogar auf 15 Minuten. Neu eingeführt werden die sogenannten Festgespräche, die als dringende Gespräche zu vorher bestimmter Zeit ausgeführt werden. Weiter wird bestimmt, daß Gespräche, die bei Dienstschluß der Fernsprechanstalt im Gange sind, noch 12 Minuten nach Dienstschluß fortgesetzt werden können. Schließlich werden Erleichterungen bei Gesprächen mit Voranmeldung und mit herbeizureisenden Personen vorgesehen.

Neue Kämpfe vor Kanton

W. A. London, 12. Dez. „Times“ meldet aus Hongkong: Die schweren Kämpfe nördlich von Kanton dauern an. Tschangtschais „eisernes Korps“ drang bis Sunwai, 30 km von Kanton, vor, wurde aber dann durch Verstärkungen der Regierungstruppen einige Kilometer zurückgetrieben. Verbundene treffen in großer Zahl in Kanton ein, wo große Aufregung herrscht. Da keine weiteren Verstärkungen aus Nanking zu erwarten sind, bereiten die wohlhabenden Chinesen sich zur Abreise nach Hongkong vor.

Neue Verhätigungen gegen Dr. Noos und Genossen. Gerüchte über ein neues Vorgehen gegen die Autonomisten, die die katholische und die autonomistische Straßburger Presse wiedergaben, sollen ihre Bestätigung gefunden haben durch die Einleitung einer Untersuchung der politischen Polizei gegen Dr. Noos und Genossen. Man wirft diesen vor, daß sie sich „verschiedentlich für die Befestigungsanlagen in Elsch-Verträgen des näheren interessiert hätten“. Bisher ist es jedoch zu irgendwelchen Maßnahmen gegen Noos und seine Freunde nicht gekommen.

80. Geburtstag von Professor Lenel. Am 13. Dezember vollendet der Rektor der deutschen Römisch-rechtlichen, Professor Dr. Otto Lenel in Freiburg, sein 80. Lebensjahr. Prof. Lenel entstammt der bekannten Mannheimer Kaufmannsfamilie und war von 1907 bis zu seiner Zurücksetzung an der Freiburger Universität tätig. Seine wissenschaftlichen Arbeiten sind vornehmlich römisch-rechtlichen Problemen gewidmet.

Die feierliche Überreichung der Nobelpreise erfolgte am Dienstag in Stockholm. Die sechs Nobel-Preisträger, Louis Victor, de Broglie, A. Harden, S. von Euler-Chelpin, B. G. Hopkins und Thomas Mann waren erschienen. Der schwedische Literaturhistoriker Professor Dr. Böök hielt in deutscher Sprache eine Rede, in der er die Verdienste des deutschen Trägers des Literaturpreises, Thomas Mann, eingehend würdigte. Er erwähnte insbesondere den Roman „Die Buddenbrooks“. Der König unterhielt sich noch längere Zeit mit den Preisträgern und den Mitgliedern der Nobelstiftung. Am Abend fand das traditionelle Festbankett statt. Den Toast auf die neuen Nobelpreisträger brachte Prof. J. G. Johanson aus, der u. a. sagte, er sei davon überzeugt, daß sich Thomas Mann in dem Lande, das seiner eigenen Heimat so nahe liegt, wie zu Hause fühle.

Generalmusikdirektor in der Sowjetunion. Dem Dirigent an der Berliner Städtischen Oper, Dr. Fritz Stiedry, der gegenwärtig in Leningrad Konzerte dirigiert, wurde der Posten eines Generalmusikdirektors für Leningrad und Moskau angeboten.

Aus dem Reichstag

Schutz gegen Ordnungstörer — Die Rechte der Standesherrn

Der Reichstag beschäftigte sich am Mittwoch zunächst mit der vom Geschäftsordnungsausschuß vorgeschlagenen Novelle zum Diätengesetz, die dem Präsidenten stärkere Machtmittel gegen Ordnungstörer geben will. Danach können Abgeordnete, die sich den Mahnungen des Präsidenten nicht fügen, bis zu 30 und 60 Sitzungstagen ausgeschlossen werden, eine Strafe, die dadurch wesentlich verschärft wird, daß den Abgeordneten für die Zeit des Ausschlusses die Diäten und die freie Fahrt auf der Reichsbahn entzogen werden.

In der Aussprache äußerte der deutschnationale Abgeordnete Graf Thüringen, verfassungsrechtliche Bedenken gegen die Vorlage. Das Recht auf freie Fahrt wird den Abgeordneten nämlich in der Reichsverfassung garantiert.

Reichstagspräsident Hebe trat dann — ein seltener Fall — selbst an das Rednerpult, um unter großer Aufmerksamkeit des Hauses die Notwendigkeit eines härteren Schutzes gegen Ordnungstörer zu begründen. Zu den verfassungsrechtlichen Bedenken meinte er, die Rechte des einzelnen Abgeordneten müßten zurücktreten hinter das höhere Recht des Parlaments auf Schutz seiner Arbeitsmöglichkeit.

Nach heftigen Kampfpreden der Kommunisten und Nationalsozialisten gegen das „Ausnahmengesetz“ wurde die Vorlage in zweiter Beratung mit 304 gegen 51 Stimmen der Kommunisten und Nationalisten bei 49 Enthaltungen der Deutschnationalen angenommen. Wenn dieses Abstimmungsverhältnis auch in der dritten Lesung, die erst später stattfinden kann, bestehen bleibt, wäre damit auch die für verfassungsändernde Gesetze erforderliche qualifizierte Mehrheit erreicht.

Der Reichstag stimmte dann in zweiter und dritter Beratung der vom Rechtsausschuß vorgeschlagenen Vorlage über die Regelung älterer finanzieller Renten zu. Der Ausschuß hatte die ursprüngliche Regierungsvorlage dadurch wesentlich verändert, daß er nur noch diejenigen Renten entschädigungslos fortfallen läßt, die als Ausgleich für den Verlust von Leibrenten oder ähnlichen heute als unfittig betrachteten Renten begründet sind. Die übrigen Renten, die zum Teil nach der Regierungsvorlage fortzufallen sollten, werden in der Ausschlußfassung mit 5, 8 oder 25 Prozent, je nach ihrem Charakter, ausgewertet.

Die Deutschnationalen beider Richtungen, die alte Fraktion und die neue Arbeitsgemeinschaft, lehnten die Vorlage ab, weil sie in ihr ein Sondergesetz erblickten. Die Kommunisten stimmten dagegen, weil sie meinten, die Feudalrenten kämen in dem Gesetz zu gut weg. Dem wurde von den Regierungsparteien entgegengehalten, daß die in der Vorlage vorgesehene Aufwertung weit erträglicher sei, als die 100prozentige Aufwertung, die den Standesherrn jetzt von den Gerichten zugewilligt wird. Mit 302 gegen 106 Stimmen bei 9 Enthaltungen, also mit verfassungsändernder Mehrheit, wurde schließlich die Vorlage angenommen.

Heute, Donnerstag, nachm. 3 Uhr, gibt die Regierung dem Reichstag ihre Erklärung zur Finanzreform ab; damit beginnt die entscheidende politische Auseinandersetzung.

Wieder Meuterei in einem amerikanischen Gefängnis

Im Staatsgefängnis zu Auburn (Staat New York) brach ein großer Aufruhr aus, an dem sich mit eingeschmuggelten Revolvern bewaffnete Sträflinge beteiligten. Polizei und Militär griffen ein. 12 Meuterer wurden getötet. Die Kämpfe haben etwa 6 Stunden gedauert. Etwa 2000 Mann an Truppen, Polizei und Hilfskräften waren aufgeboten. Die Gefangenenzahl der Todesopfer beträgt 8, davon 7 Sträflinge. Außerdem werden noch 3 Wärter vermißt. Man glaubt aber annehmen zu können, daß sie am Leben sind und sich verborgen halten. 5 Führer der Meuterei wurden in der Ecke eines Zellenblocks erschossen, nachdem sie sich geweigert hatten, sich zu ergeben. Bis jetzt wurden 7 Gefängniswärter mit Verletzungen ins Krankenhaus gebracht. In den anderen Staatsgefängnissen hatte man bei Bekanntwerden der Meuterei umfangreiche Vorbeugungsmaßnahmen getroffen. Die Sträflinge wurden jedoch nicht daran gehindert, die durch Mundstump verbreiteten Nachrichten über die Meuterei in Auburn mitanzuhören.

Kurze Nachrichten

Verhaftung eines kommunistischen Redakteurs in Mex. Das berichtet aus Mex., daß der Redakteur einer kommunistischen Zeitung, Friedrich, unter der Anklage, sich an einem Komplott gegen die innere und äußere Sicherheit des Staats beteiligt zu haben, verhaftet worden sei.

Zerkürung einer Ofsalenenbestandteil. Die Pariser Patriotenliga erklärt, daß Mitglieder der Liga am Sonntag zum Zeichen des Protestes gegen die deutsch-französische Sozialistenkundgebung, die am Sonntag, dem 1. Dezember, in Champigny stattfand und in deren Verlauf eine Gedächtnisfeier für die im Kriege 1870/71 Gefallenen angebracht wurde, diese Tafel zerbrachen und Stücke davon am Drouot-Deumal in Paris niedergelegt hätten.

Kämpfe in Arabien. Ein Neffe des Bahabitenkönigs Ibn Saud ist mit über 200 Mann in einen Hinterhalt des aufständischen Herz- Stammes geraten und mit fast allen seinen Begleitern getötet worden. Nur vier Mann sind entkommen.

Wieder Ruhe auf Haiti. In Port au Prince herrscht wieder vollständige Ruhe. Eine Kundgebung des Präsidenten von Haiti schreibt die stattgefundenen Unruhen den Machenschaften ehrsüchtiger Politiker zu, die aus dem Sturz der Regierung Nutzen ziehen wollten.

Der auf Grund des Düsseldorfster Stedbriefes in Nowawes bei Potsdam verhaftete Knecht Nieschroy wurde Mittwoch nachmittags in Berlin vernommen. Man neigt in Potsdam zu der Ansicht, daß Nieschroy nicht als Mörder, wahrscheinlich aber als Zeuge zur Aufklärung der Düsseldorfster Frauenmorde in Frage komme.

Graf Christian Friedrich zu Stolberg-Wernigerode wurde wegen fahrlässiger Tötung zu 9 Monaten Gefängnis, wovon die 45tägige Untersuchungshaft voll angerechnet wird, sowie zu den Kosten des Verfahrens verurteilt. Er hat Berufung eingelegt.

In Entfeld (London) stieß ein Straßenbahnwagen mit einem Omnibus zusammen. 5 Personen wurden getötet und 20 verletzt.

Ein Neubau, der jetzt an Stelle des ehemaligen berühmten Waldorf-Astoria-Hotels in New York errichtet werden soll, wird nicht nur 85 Stockwerke hoch sein, sondern auch noch einen Ankermarkt für Doppeldeckschiffe erhalten, der noch 70 Meter höher emporragen wird.

Oberbürgermeister Pieser zum Ehrenbürger ernannt. Der aus Baden-Baden scheidende Oberbürgermeister Pieser wurde am Dienstagabend in geheimer Sitzung vom Bürgerausschuß zum Ehrenbürger der Stadt Baden-Baden ernannt.

Badischer Teil

50. Geburtstag des Reichsernährungsministers Dietrich

Reichsernährungsminister Hermann Dietrich vollendet am kommenden Samstag (14. Dezember) sein 50. Lebensjahr.

Hermann Dietrich wurde zu Oberprechtal, wo sein Vater als Pfarrer wirkte, geboren, besuchte das Gymnasium in Lörrach, studierte in Straßburg, Basel, Heidelberg und Göttingen und fand im Jahre 1905 als Stadtrechtsrat in Karlsruhe seine erste Stelle. Drei Jahre darauf wurde er zum Bürgermeister von Kehl und im Jahre 1914 zum Oberbürgermeister von Konstanz gewählt. Von 1911 bis 1919 war er Mitglied des Badischen Landtags und Angehöriger der damaligen nationalliberalen Fraktion. Bei der Revolution im November 1918 wurde Dietrich in die vorläufige badische Volksregierung berufen und leitete das Ministerium des Auswärtigen. Seit 1920 ist er Mitglied des Reichstags. Im Juni 1928 wurde er Reichsminister für Landwirtschaft und Ernährung. In der Deutschdemokratischen Partei, der er seit der Revolution angehört, steht Minister Dietrich auf führender Stelle. Sein badisches Heimatland hat Minister Dietrich auch nach seiner Übersiedlung nach Berlin nicht vergessen. Den schwierigen landwirtschaftlichen Fragen, die in den letzten Jahren zur Debatte standen, hat Minister Dietrich energisches Interesse zugewandt. Bekannt ist gerade aus den letzten Wochen seine Aktivität bei den Zusammenkünften der badischen landwirtschaftlichen Organisationen.

Die Oberrheinregulierung

Das Auswärtige Amt hat dem Reichstag den deutsch-schweizerischen Vertrag über die Regulierung des Rheins zwischen Straßburg-Kehl und Istein zur Ratifizierung zugeleitet. Der Gesetzentwurf ermächtigt gleichzeitig die Reichsregierung, die mit der Ausführung der Regulierung und insbesondere die mit der technischen und administrativen Mithilfe Frankreichs im Zusammenhang stehenden Fragen zu regeln und bei der Einfuhr an Baustoffen, die bei der Durchführung der Regulierung benötigt werden, Abgabenfreiheit zu gewähren.

Dem Vertrag ist eine Denkschrift beigelegt, in der es u. a. heißt: Die gefundene Lösung stellt ein Kompromiß zwischen widerstreitenden Interessen dar. Frankreich kann unter den von der Kommission festgesetzten Bedingungen das erste Teilstück bei Rembs des im Versailles Vertrag vorgesehenen Kanals durch das Elsch bauen. Durch diese Bedingungen und Auflagen ist erreicht worden, daß der regulierte Rhein als eine auch für die Großschifffahrt genügend leistungsfähige Wasserstraße anzusprechen ist. Mit der so gefundenen Lösung kann sich auch Deutschland unter dem Zwang des Versailles Vertrages abfinden, weil der Gedanke an sich berechtigt ist. An dieser Stelle, wo gegenüber von Istein das Rheintal von einer Felsbarriere getrennt wird, deren Abbruch infolge der ständig fortschreitenden Vertiefung der Flußsohle die Schifffahrt immer mehr behindert, sind besondere geologische und hydrologische Verhältnisse zu berücksichtigen. Allerdings hätte man nach dem deutschen Kanalisationsvorschlag auch diese Rheintaltrasse zweckmäßiger durch Einbau von Staustufen im Fluß überwinden, um dadurch der Sohlenvertiefung wirksam Einhalt bieten zu können.

Die Schweiz kann die Regulierung in die Wege leiten. Sie hat damit das Ziel, das sie seit Jahrzehnten mit großem Nachdruck verfolgt hat, erreicht. Deutschland und Frankreich geben ihre Unterstützung hierzu. Da der Bau des Rembs Stüdes viele Jahre in Anspruch nehmen wird, ist der Schweiz die Möglichkeit gegeben, nachzuweisen und darzutun, daß ihr Projekt die zünftigere Lösung für die Schifffahrt bietet.

Deutschlands Lage war besonders ungünstig und schwierig. Eine der vom rechtlichen, wirtschaftlichen und politischen Standpunkt härtesten und ungerechtesten Friedensbedingungen ist und bleibt das Frankreich zugesicherte Recht auf Ableitung des Rheins und ausschließliche Verwertung der Wasserkräfte. Das natürliche Recht jedes Anliegerstaates auf die Nutzung eines Stromes, der sein Gebiet berührt, ist hier zu Gunsten des einen Anliegerstaates aufgehoben worden.

Da Deutschland die Wasserkräfte unterhalb Basels genommen wurden, muß sein Streben darauf gerichtet sein, im Benehmen und in wirksamer Mitarbeit der Schweiz oberhalb Basels sich die nötigen Wasserkräfte zu verschaffen. Wird andererseits der Rhein über Kehl-Straßburg hinaus als Schifffahrtsstraße ausgebaut, so hat Deutschland das große wirtschaftliche Interesse, den Ausbau über Basel hinaus bis zum Bodensee, dem natürlichen Endpunkt der Rheinschifffahrt, auszuweiten. Gelingt das Regulierungsprojekt der Schweiz, so wird voraussichtlich die Zentralkommission, die zur Wahrung der Interessen der Schifffahrt angelegt ist, eine andere, bessere Möglichkeit nicht finden und wird daher endgültig der Regulierung zustimmen müssen. Sollte die Kanalisierung sich als die beste Lösung für die Schifffahrt erweisen, so würde durch das Rembs Teilstück dem weiteren Kanalisationsprojekt unterhalb Rembs nicht vorgegriffen werden.

Beginn der Weihnachtsferien

Durch einen Erlass des Kultusministeriums ist in dem Beginn der Weihnachtsferien 1929/30 eine Änderung eingetreten. Die Ferien beginnen nicht, wie die Bekanntmachung vom 14. November vorlieht, mit dem 24. Dezember, sondern schon mit dem 22., in Berücksichtigung des § 23 der Schulordnung, der bestimmt, daß der Unterricht schon am Samstag schließt, wenn der Montag letzter Schultag vor den Ferien wäre. Dieser Fall liegt für die kommenden Weihnachtsferien vor.

Kraftwerk Dogern

Der schweizerische Bundesrat hat den Angehörigen für die Ausnützung des Kraftwerkes bei Dogern die Bewilligung erteilt, elektrische Energie aus dem schweizerischen Kraftwerksanteil des Kraftwerkes Dogern nach Deutschland auszuführen. Die Schweiz erhält für die Abtretung ihres Anteils die Bewilligung zum Bezug des ganzen badischen Energieanteils an dem projektierten Rheinkraftwerk Birsfelden bei Basel.

Urteile gegen einen kommunistischen Redakteur

Das Schwurgericht Mannheim verurteilte am Mittwoch den Lokalredakteur Luzian Ullis von der kommunistischen „Arbeiterzeitung“ wegen Verleumdung durch die Presse zu 5 Wochen Gefängnis und ging damit über den Antrag des Staatsanwalts hinaus, der 4 Wochen beantragt hatte. Der Anklage lag ein Artikel mit schwersten Vorwürfen gegen die badischen Justizbehörden zugrunde.

Vorausgegangen war dieser Verhandlung eine andere Verhandlung gegen den gleichen Angeklagten wegen Beschimpfung der katholischen Kirche durch Übernahme eines Artikels aus der Freidenkerzeitschrift „Der Gottlose“. Die Verteidigung wies nach, daß dieser Artikel auch von einer Münchener und einer Berliner Zeitung übernommen worden war, ohne daß Strafverfolgung eingeleitet wäre. Aus diesem Grunde vermochte sich das Gericht dem Antrag des Staatsanwalts auf mehrwöchige Gefängnisstrafe oder Geldbuße nicht unter 500 Reichsmark nicht anzuschließen, sondern erkannte auf Freisprechung.

Badischer Landtag

(6. Sitzung)

23. Karlsruhe, 11. Dez. 1929.

Präsident Dr. Baumgartner eröffnet nach 9 Uhr die Sitzung mit Bekanntgabe einiger Eingänge.

Darauf legt das Haus die

Steuer- und Finanzdebatte

fort.

Abg. Dr. Eggler (Ztr.) lehnt den kommunistischen Antrag ab, der eine Vermögensabgabe von 50 000 M an verlangt. Dadurch würden nicht nur die 40 Multimillionäre in Deutschland, sondern der gesamte kaufmännische und gewerbliche Mittelstand betroffen. Durch die heute erhobenen Steuern seien die Vermögen schon sehr stark herangezogen. Ginge man noch weiter, dann wäre die Flucht des liquiden Vermögens ins Ausland die unausbleibliche Folge. Auch die Kapitalbildung würde gefährdet. Wenn man sich auf den Boden der Billigkeit stelle, so komme man zu anderen Überlegungen als die Kommunisten.

Mit dem deutschnationalen Interpellanten geht der Redner in manchen Punkten einig. Nicht einverstanden ist er mit der Art, wie da und dort gegen das Steuersystem agitiert wird. Wünschenswert erscheint, daß die Länder die Steuerhoheit bis zu einem gewissen Grade zurückerhalten. Dabei wird man immer dem Reiche, das die Lasten nach innen und außen zu tragen hat, Zugeständnisse machen müssen. Notwendig ist auf alle Fälle die Anlegung einer sparsamen Sonde bei den Ausgaben.

Abg. Müller (Soz.) vertritt die Auffassung, daß es in Deutschland immer noch Leute gibt, denen ein Notopfer, sei es in Naturalien oder bar, in nationalen Interessen nichts schaden würde. Doch werde sich die Hoffnung der Kommunisten in dem von ihnen gewünschten Umfang, selbst bei Annahme ihres Antrages, nicht erfüllen. Man komme nicht um die Tatsache herum, daß unsere Wirtschaft an Kapitalarmut leidet. Man benötige fremdes Kapital. Galt sich dieses zurück, so haben die Folgen nicht die Kapitalisten, sondern die Proletariat zu tragen. Die Arbeitslosigkeit würde sich noch mehr verschärfen. Diese Ausführungen werden von einem Tribünenbesucher mit Pfiffrufen begleitet. Der Präsident droht mit Mäßigung der Tribünen. Der Redner tritt dann in verschiedenen Punkten dem deutschnationalen Redner entgegen. Auch die Sozialdemokraten sind gewillt, wo immer nur möglich, zu sparen. Die kulturellen Bedürfnisse dürfen aber nicht zu kurz kommen.

Abg. Dr. Waeltlin (D. W.) hält eine Steuerdebatte in diesem Augenblick für wenig zweckmäßig, da die Unterlagen, vor allem das Budget, fehlten. An eine Senkung der Reichsteuern sei bei den hochgesteckten Zielen des Reiches in absehbarer Zeit nicht zu denken. Es bleibe nur die Senkung der Realsteuern. Wertwirdig findet der Redner den Satz in der Regierungserklärung, daß die Steuern so lange gerecht seien, als nicht mehr erhoben werden, wie zur Deckung des Defizits notwendig sei. Das sei vom Standpunkt der Regierung aus eine bequeme Argumentation, die jede Rücksicht auf die Bedürfnisse der Steuerzahler vernichten lasse. Der Redner hätte gewünscht, daß sich die Regierung auch über die Lage derer äußere, die über 20 000 M haben. Daß die Realsteuern weit über das hinausgehen, was sich mit dem Grundfache Leistung und Gegenleistung verteidigen läßt, darüber besäße kein Zweifel. Was die badische Regierung erklärt habe, sei keine frohe Weihnachtsgabe.

Abg. Dr. Waeltlin (Dem.) ist der Meinung, daß die Regierung wenigstens im Haushaltsausschuß Gelegenheit geben sollte, den gesamten Fragenkomplex, wie er jetzt von der Reichsregierung aufgestellt wurde, zu besprechen. Die Unzufriedenheit heiße von Tag zu Tag. Man dürfe mit der Steuererhöhung nicht warten bis die Wirtschaft zusammengebrochen sei. Der demokratische Aufruf zum Selbstvertrauen weise den Weg, wie man aus der Situation herauskommen könne.

Der Redner unterbreitet folgenden Antrag:

„Die Reichsregierung zu ersuchen alle Maßnahmen zu treffen, und mit allem Nachdruck dahin zu wirken, daß die Realsteuern gesenkt werden durch die Beseitigung der Gewerbesteuer und Abbau der Gebäudebesondersteuer.“

Abg. Hermann (Wirtsch. u. Bpt.) bekämpft die Gewerbesteuer, die eine ungerechte Doppelbesteuerung der Einkommen darstelle. Die Realsteuern so zu gestalten, daß die Betriebe noch lebensfähig bleiben, sei eine wichtige Aufgabe des Staates.

Abg. Lenz (Natsoz.) betont das Recht der Opposition zur Kritik. Er verurteilt die heutigen Regierungsmethoden, dabei wiederholt von lebhaften Zwischenrufen begleitet.

Staatspräsident und Finanzminister Dr. Schmitt

stellt fest, daß die Mehrzahl der Redner sich der Realität nicht verschließen. Aber den Begriff der steuerlichen Gerechtigkeit werde man sich nie einigen können. Wir müssen eine Steuerpolitik treiben, die die Kapitalbildung fördert. Das Kapital in Deutschland wächst tatsächlich, wie der Bestand der Sparbanken ausweist, jedoch noch nicht in dem erwünschten Maße. Wir müssen uns in puncto Kapitalbildung vom Ausland unabhängig machen, nicht nur im Interesse der Industrie, sondern auch der Arbeiterschaft. Solange wir das Steuerbeitragsgesetz nicht haben, werden wir der Relation zwischen Einkommensteuern und Realsteuern bedürfen.

Das differenzierte Finanzprogramm sieht eine Kopfsteuer vor, die für die Länder nach dem bisherigen Standpunkt der Reichsregierung zulässig ist. Gleichwohl finden wir diese Steuerart in Württemberg und Bayern. Wir sind bestrebt, die Realsteuern zu senken. Es ist aber die Frage, ob es so geht, wie man es in Berlin im Reichsfinanzministerium vor hat.

Der Minister unterstreicht dann die bekannte Forderung nach Änderung des Verteilungsschlüssels für die Steuerüberweisungen. Die Verteilung dürfe sich nicht nach dem Aufkommen, sondern müsse sich nach dem Bedarf richten. Inwiefern die Ausgaben gesenkt werden können, diese Frage läßt sich nur im Zusammenhang mit dem Budget beantworten. Man denke dabei an die zwangsläufigen Ausgaben für die Besoldungsordnung, die Rheinbrückenbauten, Ringverlegung usw. Auf der anderen Seite ist durch die Aufhebung der Schlachtsteuer zum 1. April 1930 mit einem Einnahmeausfall von 2,8 Millionen zu rechnen.

Der Antrag Dr. Waeltlin sollte verbunden werden mit der Budgetberatung.

Der Minister weist darauf hin, daß man mit verschiedenen Steueränderungsanträgen in Berlin kein Glück hatte. Er wirft die Frage auf: Warum haben wir in Baden so hohe Realsteuern? Antwort: Wir sind Grenzland geworden. Vor dem Kriege hatten wir ein Kapitalvermögen von 4,5 Milliarden, das durch die Inflation verschwinden ist. Das Defizit kann heute nur durch eine wandelbare Steuer gedeckt werden. Dazu kommt, daß das Reich ständig neue Aufgaben übertragen hat. Allein die Kosten des Landes für Rechtsanwälte und Armensachen betragen im ersten Halbjahr 1929 180 000 Reichsmark mehr als sonst. Schließlich spielt der Finanzausgleich mit den Gemeinden eine Rolle.

Der Minister schließt mit der Bitte, Anträge und Meinungen zurückzustellen bis zur Budgetberatung. Dori wird zu prüfen sein, ob wir die Steuern senken können.

Damit ist die Rednerliste erschöpft.

Abg. Dr. Schmitt (Dnt.) führt im Schlußwort aus: Die Aussprache war nicht unfruchtbar. Mit dem heutigen Steuersystem ist keine Partei einverstanden. Umso erstaunlicher finde ich, daß man sich im Deutschen Reiche noch nicht zu dem starken Willen aufgerafft hat, das Steuersystem von Grund auf zu ändern. Darauf kommt es an. Die Antwort der Regierung ist unbefriedigend. Heute liegen die Dinge so, daß Leute, die ihr Vermögen mühselos vergrößern, weniger Steuer zahlen als die, die ihr Einkommen durch harte Arbeit verdienen. Das ist ungerecht und unmoralisch.

Abg. Lechleiter (Komm.) bezeichnet im Schlußwort die Ausführungen des Abg. Dr. Schmitt als „Geheule“, was der Präsident zurückweist. Juridisch sei er ferner, als er die Nationalsozialisten als „Arbeitermörderpartei“ tituliert. Der Schlußteil der Rede des Abg. Lechleiter geht — da dessen 10 Minuten Redezeit bereits abgelaufen sind — im Geleise des Präsidenten mit der großen Glocke unter, was im Hause stürmische Heiterkeit hervorruft.

Abstimmung.

Der demokratische Antrag wird mit Mehrheit an den Haushaltsausschuß überwiesen und darauf der Ausschußantrag, den kommunistischen Antrag auf Erhebung einer Vermögensabgabe abzulehnen, mit allen gegen 5 kommunistische Stimmen angenommen.

Abg. Seubert (Ztr.) berichtet über den deutschnationalen Antrag.

Die Schlachtsteuer

schon vom 1. Dezember d. J. an nicht mehr zu erheben. Der Haushaltsausschuß beantragt Ablehnung.

Abg. Dr. Schmitt (Dnt.) begründet seinen Antrag mit dem Hinweis auf die große Notlage der Landwirtschaft. Er wird unterstützt von dem Abg. Merk (Nat.-Soz.), Silber (Wirtsch. u. Bpt.) und Lechleiter (Komm.).

Abg. Hügel (Dem.) erklärt für seine Fraktion Stimmenthaltung.

Abg. Rüdert (Soz.) ist für den Ausschußantrag aus budgetären Gründen. Die Schlachtsteuer soll, wie bereits vom vorigen Landtag beschlossen wurde, am 1. April 1930 fallen. Die sofortige Aufhebung würde einen Ausfall von 400 000 M bedeuten. Im übrigen sei die sozialdemokratische Fraktion grundsätzlich gegen die Gleichsteuer.

Abg. Schill (Ztr.) hält den deutschnationalen Antrag für einen reinen Agitationsantrag und lehnt ihn ab, obwohl er, der Redner, die Steuer an sich als eine Sonderbesteuerung für die Landwirtschaft stets verurteilt habe.

Abg. Hofeins (Dem.) rechtfertigt die Haltung seiner Fraktion.

Abg. Dr. Schmitt (Dnt.) tritt im Schlußwort der Aufassung entgegen, als ob sein Antrag dem Agitationsbedürfnis entspreche. Nach kurzen Bemerkungen des Berichterstatters Abg. Seubert (Ztr.) wird der Ausschußantrag auf Ablehnung des deutschnationalen Antrages mit den Stimmen der Regierungsparteien angenommen.

Die Abstimmung war auf Antrag der Nationalsozialisten namentlich: Ergebnis: 45 dafür, 21 dagegen, 9 Stimmenthaltungen. Es folgt die Beratung der Anträge zur

Änderung des Arbeitslosenelends

(Am Regierungstisch erscheint Innenminister Wittmann.)

Der Ausschußantrag geht dahin: Der Landtag wolle folgenden Antrag Dr. Baumgartner und Gen. annehmen:

1. Die Regierung zu ersuchen, zur Linderung besonderer Notstände, insbesondere der durch langandauernde Arbeitslosigkeit in große Notlage geratenen Arbeitslosen, einen Betrag bis zu 60 000 M zur Verfügung zu stellen;
2. in den Staatsvoranschlag Mittel zur Behebung der wirtschaftlichen Notstände im Lande nach Möglichkeit einzustellen.

Die weitergehenden Anträge der Kommunisten und Nationalsozialisten sollen durch obige Beschlüßfassung als erledigt erklärt werden.

Der Berichterstatter, Abg. Dr. Person (Zentr.), weist darauf hin, daß wir nach dem Stande vom 1. Oktober 88 600 Hauptunterstützungsempfänger, 36 800 Frauen, 86 500 Kinder, Sozial- und Kleinrentner, Kriegsbeschädigte und -hinterbliebene hatten. Nach Mitteilung der Regierung würde der kommunistische Antrag eine Ausgabe von 3 448 000 M, der nationalsozialistische Antrag eine solche von 220 000 M erfordern.

Abg. Bod (Komm.) begründet seinen Antrag. Als am Schluß seiner Darlegungen Beifall auf der großen Tribüne laut wird, läßt erster Vizepräsident Maier die Tribüne räumen. Es entsteht ein ungeheurer Lärm und unter Schimpfworten auf das Haus ziehen die Tribünenbesucher ab. Der Abgeordnete bemächtigt sich eine große Erregung, so daß sich der Präsident veranlaßt sieht, die Sitzung abzubrechen.

Fortsetzung der Beratung nachmittags ¼ 4 Uhr. Schluß 1 Uhr.

In der Nachmittagsitzung wurden

die Anträge über Notmaßnahmen

Winterbeihilfen, Linderung des Arbeitslosenelends) beraten.

In dem von den Regierungsparteien eingebrachten Antrag sollen 60 000 M zur Linderung der Notlage bewilligt werden. Während der sozialdemokratische Abg. Trinks diesen Antrag begründete, kam es zu Zusammenstößen mit den Kommunisten. Die Abg. Bod und Klausmann wurden nach dreimaligen Ordnungsrufen von der Sitzung ausgeschlossen. Der Abg. Lechleiter (Komm.) stand ebenfalls vor dem dritten Ordnungsruft. Von der Tribüne ertönte ein Pfiffruf. Der Ruf wurde die Tribüne verlassen. In der Aussprache führte Abg. Geurich (Ztr.) u. a. aus, ohne Nationalisierung könne die deutsche Wirtschaft in der Weltwirtschaft nicht mehr bestehen. Die Wirtschaftslage sei keineswegs so trübselig, wie sie vielfach von Bestimiften hingestellt werde. Als der Redner erklärte, die Kommunisten hätten am 1. Mai die Arbeitslosen aufgehezt, was 14 Tote gekostet habe, rief der kommunistische Abg. Böning: „Das ist unerschöpflich“, worauf ihm ein Ordnungsruft erteilt wurde. — Abg. Frau Müller (Dnt.) bedauerte, daß den Erwerbslosen nicht mehr gegeben werden könne. — Abg. Hofeins (Dem.) erklärte eine Wiederholung dieser Anträge für die Zukunft sei nicht wünschenswert. Was sich heute erzieht habe würde mehr zerfliegen an Vertrauen und Ansehen der parlamentarischen Tätigkeit als die 60 000 M Gutes stiften können. — Abg. Leufsch (Ev. Volksd.) begrüßte die vorgesehene Arbeitsbeschaffung.

Darauf nimmt

Minister des Innern Wittmann

das Wort. Die Regierung verkenne keineswegs die außerordentliche Not der Erwerbslosen, die sich von Tag zu Tag verschärfte. Eine Winterhilfe könne nur eine kleine Gabe sein. Die Hauptsache sei die Beschaffung von Arbeit. Unser Programm in dieser Richtung umfaßt immer noch ansehnliche

Aufgaben: Instandsetzung der Landstraßen, Holzschlag, Ringverlegung, Schluchsewehr usw. Wir werden geeignete Schritte bei der Reichsbahn unternehmen. Nach diesen Worten sollen für das Kraftwerk Dogern Arbeiten im Betrage von 700 000 M vergeben werden. Es handelt sich dabei um die Erstellung von elf Wohnhäusern, Bahnanschluß und Kanalisation. Die Flüssigmachung von 4 Millionen für den Wohnungsbau ist bei der augenblicklichen Geldmarktlage nicht möglich.

Der Minister setzt sich dann mit den einzelnen Rednern auseinander. Er hält dem Abg. Bod vor, daß Ansammlungen vor den Parlamenten in einem bestimmten Umkreis überall verboten seien. Gegen dieses Gesetz sei gestern verstoßen worden. Wenn es sich darum handle, für Ruhe und Ordnung zu sorgen, so werde er, der Minister, in gleicher Weise wie sein Vorgänger, streng nach dem Gesetze handeln (Beifall bei der Mehrheit). Der nationalsozialistische Antrag würde 150 000 M erfordern. Es habe aber schon große Mühe gekostet, dem Finanzminister die 60 000 M abzurufen.

Der Minister schließt: Wir werden das Arbeitsprogramm so rasch wie möglich in die Wirklichkeit umsetzen. Vergessen wir aber nicht, daß die Wirtschafts- und Finanzlage härter sind, als der beste Wille.

Nachdem sich Abg. Maier (Soz.) gegen die Agitation der Kommunisten gewandt hatte, erfolgte die Abstimmung. Die kommunistischen und nationalsozialistischen Anträge wurden abgelehnt und der Antrag der Regierungsparteien angenommen.

Die Notlage des Hopfenbaues

Ein deutschnationaler Antrag verlangt einen angemessenen Betrag zur Linderung der durch niedere Preise und Trockenheit verursachten Notlage der unterbairischen Hopfenbauern. Auch liegt ein dementsprechendes Gesuch des Gemeinderats Sandhausen (bei Heidelberg) vor.

Berichterstatter Hofeins (Dem.) stellt namens des Haushaltsausschusses einen Antrag, Erhebungen über die Frage zu machen, vor weiterer Ausdehnung des Hopfenbaues zu warnen, auf die Brauereien hinzuwirken, daß sie in erster Linie dem deutschen Hopfen Absatz und Verwendung sichern, den Antrag der Abg. Dr. Schmitt (Dnt.) u. Gen. für erledigt zu erklären.

Im Verlauf der Aussprache kommt

Innenminister Wittmann

auf eine Entschlieung des Landtags vom vorigen Jahre zurück, wonach für die Unterstützungsgewährung der Nachweis der tatsächlich bedrohten Existenz beizubringen ist. Im übrigen wurde darauf hingewiesen, daß es sich beim Hopfen um eine Konjunkturpflanze handle. Daß sich der Absatz des deutschen Hopfens hebt, hält der Minister für eine Erziehungsfrage des hierkonsumierenden Publikums. Zur Überproduktion geselle sich der Umstand, daß der deutsche Hopfenbauer zu teuer produziere. Da werde auch eineollerhöhung nicht viel helfen können. Die Regierung werde die geäußerten Wünsche gern nach Berlin weitergeben und im Reichsrat im Rahmen der Agrarabrede vertreten. Wollte man dem Gesuch der Gemeinde Sandhausen Folge geben, dann würden bald auch andere Kreise mit ähnlichem Verlangen kommen. Dabei habe man zur Zeit tatsächlich keine Mittel.

Ministerialrat Ulrich sagt zu, daß man bei der Verwaltung der Brauerei Rothaus darauf hinwirken werde, daß möglichst badischer Qualitätshopfen verwendet wird. Das Bestreben der Rothausbrauerei falle übrigens nicht so sehr ins Gewicht.

Nach weiterer Aussprache wird der Antrag des Haushaltsausschusses mit großer Mehrheit angenommen.

Um ¼ 8 Uhr vertagt sich das Haus auf Donnerstagvormittag 9 Uhr.

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

	12. Dezember		11. Dezember	
	Ge. 12	1211	Ge. 11	1210
Amsterdam 100 G.	168.42	168.76	168.44	168.78
Kopenhagen 100 Kr.	111.99	112.27	111.01	112.23
Italien . . . 100 L.	21.83	21.87	21.835	21.875
London . . . 1 Pfd.	20.368	20.408	20.368	20.408
New York . . 1 D.	4.1705	4.1785	4.1715	4.1795
Paris . . . 100 Fr.	16.42	16.46	16.425	16.465
Schweiz . . . 100 Fr.	81.04	81.20	81.065	81.225
Wien 100 Schilling	58.705	58.852	58.73	58.85
Brag . . . 100 Kr.	12.377	12.397	12.381	12.401

Bereinigung in der Kugellagerindustrie. Die seit längerer Zeit schwebenden Verhandlungen auf Vereinigung der Kugellagerabteilung der Berlin-Karlsruher-Industriewerke AG. mit der Vereinigten-Kugellagerfabriken AG. stehen, wie es heißt, vor dem Abschluß. Es soll eine enge Verbindung zwischen den beiden Firmen vorgesehen sein, so daß nunmehr auch die vorletzte deutsche Kugellagerfabrik in den von der schwedischen S. A. F. Norma beherrschten Trust übergeht.

Die Bierbrauerei Suttentrop AG., Ettlingen, hielt ihre Generalversammlung ab, in der von 600 Aktien 590 vertreten waren. Sämtliche Regularien wurden genehmigt und dem Vorstand und Aufsichtsrat Entlastung erteilt. Von dem 71 763,72 M betragenden Rohgewinn wurden nach Abschreibung von 30 545,90 M und Zuführung von 15 000 M zur Neuanlagefondsreserve 6 Pros. Dividende ausgeschüttet. Der Rest wurde vorgetragen.

Ein magerer Konturs. In dem Kontursverfahren gegen die Ziegelwerke Wiesendorf G. m. b. H. bei Engen steht die Schlußabrechnung bevor. Der verfügbare Massebestand beläuft sich auf 13 133 Reichsmark, denen an bevorrechtigten Forderungen 11 862 Reichsmark gegenüberstehen, so daß zur Befriedigung der übrigen Forderungen in Höhe von 59 968 Reichsmark nur noch 1271 Reichsmark, also so gut wie nichts, zur Verfügung stehen.

Allianz und Stuttgarter. Generaldirektor Schmitt berichtete über das abgelaufene Geschäftsjahr der Allianz und Stuttgarter Versicherungs-AG. Das Geschäft ist stabil geblieben und hat 800 Mill. Reichsmark Prämieinnahmen gebracht. Trotzdem war das ganze Jahr, technisch gesehen, sehr ungünstig; insbesondere das Feuergeschäft war das schlechteste seit 1925. Aber auch die Wasserversicherung, die Hagelversicherung und die Haftpflicht haben keine guten Ergebnisse gebracht. Besonders ungünstig wurde das Ergebnis beeinflusst durch die ungesunde Konturrenz, die die Gewinnmarge besonders stark herunterdrückte. Trotzdem wird das Gewinnergebnis nicht hinter dem des Vorjahres nachstehen, weil man an ausreichender Prämie festgehalten hat. Die Autoversicherung hat keine Verluste gebracht, die Transportversicherung trotz aller Zurückhaltung einen kleinen Verlust von mehreren 100 000 M. Das Lebensgeschäft des Allianz-Konzerns weist einen neuen Zugang wie im Vorjahr auf. Es ist kein Rückschlag eingetreten.

Zur Insolvenz des Bankhauses G. F. Graf-Henrich & Co., Saarbrücken. Wie wir erfahren, hat sich die Deutsche Bank und Disconto-Gesellschaft bereit erklärt, die Garantie für sämtliche Verpflichtungen, die aus der Insolvenz des genannten Bankhauses auch bei den Zweigstellen in der Pfalz, im Saargebiet und München entstanden sind, zu übernehmen.



Aus der Landeshauptstadt

Leichenfund auf der Straßenbahnlinie Karlsruhe—Dürmersheim. Gestern abend gegen 6 Uhr wurde ein furchtbar verstümmelter Leichnam auf dem Geleise der Straßenbahnlinie Karlsruhe-Dürmersheim aufgefunden. Der Kopf wurde 300 Meter entfernt aufgefunden. Es handelt sich um den 45 Jahre alten Bödenwirt Weisk aus Mumprechtshofen (Amt Kehl). Von einem Passanten war vorher der Mann betrunken mitten auf der Straße gesehen worden. Es wird der Verdacht geäußert, daß er vielleicht unter ein schweres Auto geraten ist, dessen Anlassen den Kumpf ohne Kopf mittam dem Fahrrad auf die Straßenbahnschienen gelegt haben, um einen Unglücksfall auf den Straßenbahnschienen vorzutäuschen. Sämtliche Wagen der dafür in Frage kommenden Karlsruher Lokalbahn wurden untersucht, nirgends aber konnten Blutspuren entdeckt werden. Die Staatsanwaltschaft, die sich des Falles angenommen hat, sucht nach der eigentlichen Stelle, wo der Mann entweder verunglückt sein muß, oder an der ein Verbrechen verübt worden ist.

Wetternachrichtendienst der Bad. Landeswetterwarte, Karlsruhe. Mit dem neuen atlantischen Sturmwindel ist gestern abend subtropische Warmluft mit verbreiteten Regenschauern in unserm Gebiet eingedrungen, so daß es erheblich milder geworden ist und die Temperaturen bis zur Feldberghöhe über Null Grad liegen. Die Rheinebene hatte seit gestern abend ununterbrochen 10—12 Grad Wärme. Die außerordentliche Schnelligkeit, mit der die atlantische Warmluft seit Beginn dieser Woche nach Europa vorrückte, ist jetzt zum Stillstand gekommen, da über England höhere maritime Luft in die

Mückseite des zuletzt erschienenen Sturmwindels eingebracht ist. Über Westeuropa liegt daher heute ein ausgedehntes Gebiet steigenden Luftdruckes, das für morgen Abflauen der bisher stürmischen Westwinde in Aussicht stellt. Ein Übergang zu winterlichen Wetter wird dadurch wahrscheinlich noch nicht erfolgen. **Wetterausichten:** Abflauende nach Nordwest drehende Winde, etwas kühler, aber noch mild, wolkig mit streichweisen Niederschlägen, in höheren Lagen wieder Schnee.

Badisches Landestheater. Da die Städtische Festhalle am 17. Dezember zu einem Gastspiel des berühmten Clown Grod vergeben worden ist, kann die an diesem Tag vom Landestheater beabsichtigte Erstaufführung des Märchenballetts „Der arme Heinrich“ im Städtischen Konzerthaus nicht stattfinden. Die erste Aufführung findet nunmehr am Freitag, den 20. Dezember, im Städtischen Konzerthaus, abends 19½ Uhr, zu kleinen Preisen (0,80 bis 2 RM) statt.

Kurze Nachrichten aus Baden

D3. Waghäusel, 12. Dez. (Tel.) Kurz vor 11 Uhr brach in einem Rübenschnitzelager der Zuckerfabrik ein Brand aus, vermutlich durch Selbstentzündung der trockenen Rübenschnitzel. Der Schuppen ist vollständig niedergebrannt. Die Fabrikfeuerwehr und die Wehren der umliegenden Ortschaften mußten sich darauf beschränken, den Brand zu lokalisieren.

11. Dez. In den kommenden Tagen wird mit der Ausbetonierung des 2. Teiles des Schlußferstollens von der Baustelle Lochbach aus begonnen werden. Die große Maschinenanlage mit Steindrehern, Sortier- und Mischwerk ist fertiggestellt, nachdem eine Anlage gleicher Art schon seit längerer Zeit am Anfang d-s Stollens in Betrieb ist.

D3. Säckelheim b. Heidelberg, 11. Dez. Nachdem die Kaufe des neuen Segelflugges schon zweimal verschoben werden mußte, konnte sie nun endlich am letzten Samstag vorgenommen werden. Vor dem Start hielt Bürgermeister Ruser, Säckelheim, eine kurze Ansprache und übergab der Segelflugabteilung des Badisch-Württembergischen Luftfahrtvereins den Segelflugges auf dem Ölberg zur Verfügung. Der Start des Segelflugges verlief, ebenso wie der Flug selbst, ohne jeglichen Zwischenfall, und nach 12 Minuten landete der große Vogel zwischen Säckelheim und dem Hofenhof. Das Flugzeug wurde abmontiert und nach Mannheim geschafft.

11. Dez. Die Zigarrenfabrik Herbrich in Forst hat ihren hiesigen Filialbetrieb eingestellt, wodurch die Zahl der Erwerbslosen wieder angestiegen ist.

D3. Wolfshöfen (bei Kehl), 11. Dez. Gestern abend brannte das große Anwesen des Land- und Gastwirts Kremer vollkommen nieder, ebenso die angrenzende Scheune, die mit reichem Vorrat gefüllt war. Das Vieh konnte gerettet werden. Ein Knecht, der bereits schlief, konnte nur durch das Fenster seiner Kammer in Sicherheit gebracht werden.

12. Dez. Das bekannte Hotel Adler in Hinzarten hat im Laufe des Spätjahres zwecks Herstellung einer gebetenen Verbindung zwischen den beiderseitig der Straße liegenden Hotelbetrieben ein Straßennetz erstellen lassen. Nachdem die umfangreichen Arbeiten vollendet sind, ist auf 21. Dezember eine Eröffnungsfest vorzugesehen.

Singen hat 15 000 Einwohner. Nach der auf den 1. Dezember 1929 abgeschlossenen Volkszählung zählte die Stadt Singen 15 008 Einwohner. Damit sind zum erstenmal die 15 000 überschritten worden.



Lebensbedürfnisverein

Unser Schlager:

1928er Edenkobener Klosteracker

1928er Ungsteiner Rotwein

hat riesigen Erfolg erzielt. Wir haben nur noch kleine Mengen vorrätig und empfehlen baldigste Bestellung.

Sonstige hervorragend preiswerte Marken:

Kallstadter Weißwein ein spritziger Bukettwein . . .	1,40
Wachenheimer Heldenberg unser Spezialwein . . .	1,30
1928er Zeller schwarzer Herrgott kräftiger Rheinhesse . . .	1,50
Niersteiner Neunmorgen beliebter Rheinwein . . .	1,80

Unsere blumigen

1926er Hardter Letten Riesling Wachstum	1,80
1927er Hardter Mandelring Lieberich Merkel	1,80
1927er Nenniger Schloßberg stahlige	1,40
1928er Piesporter Berg Moselweine	1,80
Dürkheimer Rotwein	1,40
Waldulmer und Affentaler , kräftige badische Rotweine	1,80
Goldmalaga 4jährig 2 RM. , desgl. jüngerer Wein . . .	1,60
Malaga dunkel extrafein 1,60 RM. , desgl. Schwarzetikette	1,30
Alter Portwein-Sherry Gold-Madeira	
Vermouth Branca , kräftig und reinschmeckend . . .	1,80

Schaumweine gangbarste Sorten wie:

Kupferberg Gold, Henckell trocken, Söhnlein Rheingold, Matth. Müller, Pfalzriesling

Spirituosen: Feinster Weinbrand, eigene Marke, Dreistern, Verschnitt, sowie Original Ur-Buchholz, Asbach Uralt, Scharlachberg-Meisterbrand

Echtes Schwarzwälder Kirschwasser
Edelkirsch Marke LBV.

Schw. Himbeerwasser, Rum- u. Arrac-Verschn.

Große Auswahl in feinsten
Damen- und Herrenlikören
zu Geschenkzwecken besonders geeignet. **R.33**

Die angeführten Preise verstehen sich für die Flasche mit Glas.

Abgabe nur an Mitglieder!



Christstollen

nach Dresdener Art

liefern wir zu **1,25, 2, 3 RM.** und noch größer

Torten

liefern wir in jeder Preislage

Weihnachtsgeschenkörbe

werden in jeder Preislage zusammengestellt

Bestellungen werden in unseren Abgabestellen entgegengenommen • Abgabe nur an Mitglieder **R.34**

Lebensbedürfnisverein

Oeffentliche Sparkasse Heelbach

Bilanz auf 31. Dezember 1928

Vermögen:	RM	Schulden:	RM
Kassenvorrat	5 955,43	Spareinlagen	199 979,37
Hypotheken	99 605,—	Anlehenskapitalien	40 000,—
Darlehen gegen Schuld-schein	111 976,09	Aufwertungs-spareinlagen	152 669,26
Guthaben bei Banken	27 131,37	Rücklagen	6 578,06
Aufwertungs-fonto	89 973,87	Reingewinn	1 992,14
Rückstände	14 238,76		
Inventar	162,80		
Aufwertungsabrechnungs-fonto	52 175,51		
	401 218,83		401 218,83

Berechnung der Rücklagen:

Die gesetzliche Rücklage hat zu betragen:

8% aus 199 979,37 RM = 15 998,32 RM

Sie beträgt auf Schluß des Jahres 1928 = 8 570,20 RM

Somit weniger 7 428,12 RM

Heelbach, den 10. Dezember 1929.

Der Verwaltungsrat. R.387

Rappelhholzverkauf.

Das Bad. Rheinbauamt Offenburg verkauft 110 fm tannabische Rappeln aus dem staatseigenen Rheinorland bei Hügelheim und Au-Lauterburg in 9 Losen. Angebotsvorbrude werden kostenlos abgegeben. Losverzeichnis können beim Rheinbauamt Offenburg, Wasserbauamtlicher Reichler in Hiltersdorf und Flußwärter Köppel in Söllingen eingesehen und in beschränkter Zahl abgegeben werden. Angebote sind mit der Aufschrift „Angebot für die Holzvergebung“ bis spätestens 20. Dezember 1929 beim Rheinbauamt Offenburg, Wilhelmstraße 2, einzureichen. **R.31**

Freihändiger Buchenstammholz-Verkauf

des bad. Forstamts Rannern: 17 fm II., 122 III., 193 IV., 13 V., im ganzen 345 fm. Termin: 21. Dezember d. J., abends 6 Uhr. Losverzeichnisse durch das Forstamt **R.392**

Freihändiger Verkauf von Buchenstammholz

des Forstamts Herrenwies in Forbach (Baden), am Freitag, den 20. Dezember 1929: 114 fm Buchenstämme II. bis IV. Klasse in zwei Losen. Losverzeichnisse durch das Forstamt (Brenzstr. Forbach 15).

Adressenschreiben

vergift nach M. A. JOHN, Erfurt 841/L. K.32

R.386. Offenburg. In dem Konkursverfahren über das Vermögen der Alois Rheinboldt Witwe, Elisabeth geb. Brent in Offenburg, ist Termin zur Abnahme der Schlußrechnung, zur Erhebung von Einwendungen gegen das Schlußverzeichnis sowie zur Prüfung der nachträglich angemeldeten Forderungen bestimmt auf: Samstag, den 28. Dezember 1929, vorm. 10 Uhr, in das Amtsgericht hier, Zimmer Nr. 18. Offenburg, d. 12. 1929. Geschäftsstelle des Amtsgerichts.

R.388. Offenburg. In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Kaufmanns Wilhelm Moser in Offenburg ist Termin zur Abnahme der Schlußrechnung, zur Erhebung von Einwendungen gegen das Schlußverzeichnis und zur Prüfung der nachträglich angemeldeten Forderungen bestimmt auf Samstag, den 28. Dezember 1929, vorm. 9½ Uhr, in das Amtsgericht hier, Zimmer Nr. 18. Offenburg, d. 12. 1929. Geschäftsstelle des Amtsgerichts.



Badisches Landestheater

Freitag, 13. Dezember 1929

F10. Th.-Gem. III. S.-Gr. I. Hälfte und 451—500

Kolonie Hund

Schauspiel von Wolf Regie: Baumback

Mitwirkende:

Detram, Genter, Janl, Mademacher, Schreiner, Brand, Dahlen, Gemmede, Graf, Herz, Höder, Juhl, O. Kienicher, Moebis, Landgrebe, Meiner, Müller, Prüter, Schulze, v. d. Trend, Geier, H. Kienicher.

Anfang 20 Ende 22½
Preise A (0,70—5 RM)

Samstag, 14. Dez.: Nachmittags: **Christinchen** Märchenbuch. Abends: **Maria Stuart**.

So. 15. Dez.: Nachmittags: **Christinchen** Märchenbuch. Abends: **Schwanda**, der Dudesackpfeifer. Im Konzerthaus: **Neu einstud.**: **Kater Lampe**. Montag, 16. Dez.: **Sonderm.** „Zeittheater“ **Krisis**. In der Festhalle: **3. Volks-sinfoniekonzert**.

Schweizingen. R.384
Güterrechtsregistertrag Band II, Seite 491: Niels, Theodor, Kaufmann in Ostersheim und Anna geb. Niedinger. Vertrag vom 4. Dezember 1929. Gütertrennung. Schweizingen, 9. Dez. 1929. Bad. Amtsgericht I.

Oberkirch. R.390
Eintrag im Güterrechtsregister B II, Seite 76: Rudolf Streif, Bauunternehmer, und Emma geb. Dilger, wohnhaft in Oberkirch. Ehevertrag vom 27. 11. 1929. Gütertrennung. Bad. Amtsgericht.